



Ergebnisbericht trinationaler Bürger:innendialog
Nahtstellen Europas – Grenzregionen im Gespräch
27.11.2021

Die geografische Lage des Freistaates Sachsens im Dreiländereck zwischen DEU, POL und CZE bietet die besten Voraussetzungen für grenzüberschreitende Dialogformate. Als Staatsministerium der Justiz und für Europa, Demokratie und Gleichstellung in einer Grenzregion war es für uns unabdingbar, sich aktiv am Prozess der Konferenz zur Zukunft Europas (KZE) zu beteiligen.

Denn Grenzregionen sind die Nahtstellen Europas. Dort sind die Vorteile, aber auch die Lücken der europäischen Integration der EU verstärkt spürbar. Umso wichtiger, dass die Stimmen der Grenzregionen auf nationaler und europäischer Ebene mehr Gehör finden.

Deshalb organisiert das SMJusDEG vier Veranstaltungen im Rahmen der KZE. Hier wird über die zweite berichtet.

Am Samstag, 27.11.2021 haben ca. 60 Bürgerinnen und Bürger aus Sachsen, Polen und Tschechien über vier Themen gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern diskutiert und Lösungsvorschläge für eine bessere Zukunft in Europa erarbeitet.

Hier sind die Vorschläge samt Erklärungen gesammelt. Nun gilt, dass die Regierung und andere politische Instanzen diese Vorschläge prüfen und, wo sinnvoll, umsetzen. Dafür hat sich das SMJusDEG engagiert.

Thema 1: Bildung

- a) Mehr gemeinsames Geschichtsverständnis in Grenzregionen
- Es existiert ein deutsch-polnisches Lehrbuch für Geschichte. Dies könnte regional entwickelt werden, beispielweise durch Museen, die entsprechende Veranstaltungen anbieten, damit nicht nur Schüler:innen, sondern die gesamte Gesellschaft Zugang zu dieser gemeinsamen Geschichte hat.
 - Geschichtslehre nicht nur auf den Zweiten Weltkrieg fokussieren. Auch die positiven Seiten der gemeinsamen Geschichte sollten hervorgehoben werden.
 - Geschichtsunterricht sollte mit gemeinsamen Projekten von Schulen/Bildungsinstitutionen mit Museen bzw. Vereinen, usw. ergänzt werden.
 - Verbindung zwischen Geschichts- und Sprachunterricht herstellen.

b) Nachbarsprachen fördern

- Es existieren gute Beispiele für die Förderung der Nachbarsprachen, leider sind sie wenig bekannt, wie das deutsch-tschechische Gymnasium in Pirna. Es braucht also mehr Öffentlichkeitsarbeit für solche Projekte.
- Frühzeitige Förderung im Kindergarten, da dort besonders schnell und spielerisch Sprachen gelernt werden. Darüber hinaus werden dadurch die Eltern erreicht.
- Sprachvermittlung dient auch dem Abbau sozialer Barrieren. Benachteiligte Kinder und Jugendliche können hieraus soziale Kompetenzen erlangen.
- Dafür brauchen Pädagog:innen Unterstützung in der Methodik: alltagsintegriertes Nachbarschaftslernen durch Kommunikation mit Muttersprachler:innen; Erleichterung von Anerkennung der Bildungsabschlüsse aus anderen Staaten.
- Langfristige finanzielle EU-Förderung im Kinder- und Vorschulbereich: Wenn viele Menschen an einem Strang ziehen, dann funktionieren Ideen und Partnerschaften gut. Aber Infrastruktur und Personal müssen institutionell und systematisch finanziert werden.
- Andere Akteure miteinbeziehen: Auch in Bibliotheken kann es Sprachkurse geben.

c) Kontinuität für (Schul-)Partnerschaften schaffen

- Obligatorisch in Lehrpläne aufnehmen. Schulpartnerschaften sollten nichts Zusätzliches sein. Dafür braucht es methodische, sprachliche, organisatorische und finanzielle Unterstützung.
- Dafür müsste insbesondere regional gearbeitet und den Schüler:innen Mittel und Wege zum Austausch an die Hand gegeben werden, sodass eigene Ideen kommen und sich Schüler:innen untereinander austauschen können.
- Eine möglichst große Unterstützung der Politik für alle Akteure wird gefordert, weil Lehrkräfte oft mit hohen logistischen und anderen Kosten allein gelassen werden.

Thema 2: Klimaschutz

a) Kommunikation

- Bestehende Kommunikationsangebote sollen gestärkt und verbessert werden. Wichtig sind mehrsprachige und zielgruppenorientierte Informationen. Hier kann auch der regionale Ansatz besser genutzt werden. Deutlich sollte werden, dass die Probleme grenzüberschreitend bestehen und auch möglichst so gelöst werden können.
- Best practices sollen bereitgestellt und gesellschaftlich honoriert werden (vgl. European Green City Award), insbesondere auch auf der Ebene der einzelnen Bürgerinnen und Bürger.
- In der Bildung kann es besonders gut gelingen, abstrakten Klimaschutz auf die regionalen Auswirkungen herunter zu brechen, etwa in Ausflügen und Dialogen mit Akteuren und Unternehmen.

b) Strukturwandel:

- Kleinprojekte und Community-Aktionen unterstützen, um nicht nur auf Probleme zu fokussieren, sondern Aktivitäten zu fördern - nicht nur digital, sondern auch wieder in Präsenz.
 - Mitmachfonds¹ weiter stärken, grenzüberschreitend und überregional weiterentwickeln, um gemeinsame Projekte zu starten. Etwa auch um Skeptiker in der Sache des Strukturwandels zu überzeugen.
- c) Nachhaltigkeit:
- Strengere Vorschriften, konkret auch klimaschädliche Dinge verbieten wie z. B. Plastiktüten.
 - Strafen und Zuschüsse aussprechen, damit insbesondere der Wirtschaftssektor seinen Beitrag leistet.
 - Wichtig wäre, dass möglichst auch gemeinsames europäisches Vorgehen mit gemeinsamen Regeln praktiziert wird.

Thema 3: Grenzregionen

- a) Grenzüberschreitender Austausch der Bevölkerung in allen Schichten weiterhin fördern und Kommunikationsmöglichkeiten ausbauen:
- Nachbarsprachförderung auf allen Ebenen (Zivilgesellschaft (Kitas, Schulen, Ausbildung)) und auch besonders in der Verwaltung.
 - bessere Informationen für die Bevölkerung im Grenzraum durch beispielsweise mehrsprachige Portale.
 - Stärkung und bessere finanzielle Unterstützung für bestehende grenzüberschreitende Strukturen (Euroregionen + Europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit) als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung.
 - Beibehaltung der online bzw. hybriden Formen von Bürgerbeteiligungen.
- b) Infrastruktur im größtenteils ländlichen grenzüberschreitenden Raum verbessern
- Förderung der grenzüberschreitenden Infrastruktur (Eisenbahnstrecken in der Fläche, Straßen, Brücken).
 - Mobilitätsangebote (ÖPNV) attraktiv, barrierearm (mehrsprachig) und preisgünstig gestalten.
 - Digitalisierung ist nur möglich durch finanzielle Unterstützung der meist kleinen Kommunen, was auch im Sinne des Klimaschutzes wichtig ist.
- c) Verbesserung der Daseinsvorsorge, insbesondere im Gesundheitswesen im Grenzraum
- grenzüberschreitende Anerkennung von Präventionsmaßnahmen und medizinischen Behandlungen.
 - Bessere Zusammenarbeit (gesetzliche Voraussetzungen) im Bereich Rettungswesen.

¹ Siehe <https://www.mitmachfonds-sachsen.de/>

Thema 4: Europäische Demokratie und Identifikation mit der EU

- a) Gemeinsame europäische Öffentlichkeit
- Eine Plattform sollte für europäische Nachrichten - als Ergänzung zu der meist national geprägten Berichterstattung - geschaffen werden. EU-Bürger:innen sollen dazu befähigt werden mit Desinformation, Manipulation und Falschmeldungen in den Medien umzugehen.
 - Es sollte mehr gemeinsame kulturelle Formate z.B. transnationale Festivals in Kultur- und Kunst geben.
- b) Struktur der Bürgerbeteiligung stärken
- Bürger:innen sollen sich kontinuierlicher beteiligen können, die Beteiligung soll nicht zeitlich begrenzt oder auf Projekte beschränkt, sondern ein dauerhaftes Element sein. Es soll mehr Bürgerversammlungen geben, wo Ideen und Vorschläge eingebracht werden können.
 - Realisiert werden könnte das in Bürger-Budgets, bei dem Bürgerinnen und Bürger die Nutzung und Verwaltung regionaler Finanzbereiche von EU-Geldern übernehmen. Dies sollte strukturell von der EU ermöglicht werden und die aktiven Bürgerinnen und Bürger sollten eine Aufwandsentschädigung zur Stärkung des Engagements erhalten.
- c) Bildung und Begegnung stärken
- Die EU sollte ihren Bürgerinnen und Bürger mehr persönlichen Austausch ermöglichen, beispielsweise durch Projekte wie Städtepartnerschaften und Austauschprogramme, die sich wirklich auf Bürgerinnen und Bürger fokussieren.
 - Es soll gemeinsame Bildungsinhalte geben (insbesondere für die Sekundarschule), damit junge Menschen die Rolle des eigenen Landes in der EU und EU-Geschichte erfahren.
 - Auch außerhalb der Schulen sollte es transnationale Bildungsformate geben, z.B. gemeinsames Sprachenlernen in Kitas.
 - Die europaübergreifende Bildung soll die Bürgerinnen und Bürger direkt ansprechen und möglichst viele (mehr als aktuell) von ihnen erreichen.

In den vier Arbeitsgruppen ("Breakout-Sessions") wurde in den drei Sprachen POL-CZE-DEU gesprochen, da in jeder Gruppe Bürgerinnen und Bürger aus allen Regionen anwesend waren. Auf eine gute Gender-Balance wurde ebenfalls bei der Zusammensetzung der Gruppe geachtet.

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ
UND FÜR DEMOKRATIE
EUROPA UND GLEICHSTELLUNG



Freistaat
SACHSEN



**DOLNY
ŚLĄSK**



EUROREGION
ELBE LABE